



Nr. 34

18. Oktober 2017

Inhalt

[Öffentlichem Dienst droht Fachkräftemangel - Dauderstädt: Staat muss Gehälter deutlich anheben+++](#)
[dbb erwartet Bestätigung des Streikverbots für Beamte+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW: Defizite bei der Gewinnung von Fachkräften für öffentlichen Dienst+++](#)
[Sachsen-Anhalt: dbb begrüßt Initiative zur Besoldungsanpassung+++](#)
[Baden-Württemberg: Gestaffelte Verschiebung der Besoldungsanpassung gekippt+++](#)
[Neue Landesregierung: dbb sh stellt Weichen für den öffentlichen Dienst+++](#)
[dbb saar fordert Verbesserungen für technischen Dienst+++](#)
[Abbau von Staatsschulden: dbb mv betont Anteil der Beschäftigten+++](#)
[Bericht des Sonderermittlers im „Fall Amri“: DPoIG weist Kritik an Polizei zurück+++](#)
[IQB Bildungstrends: dbb Lehrerverbände fordern Konsequenzen+++](#)
[Berufsschulen benötigen hohe Investitionen für Digitalisierung+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb



Öffentlichem Dienst droht Fachkräftemangel - Dauderstädt: Staat muss Gehälter deutlich anheben

Der scheidende dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat im Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung über den Wettbewerb zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst um künftige Fachkräfte sowie die Hoffnungen, die der dbb in eine mögliche Jamaika-Koalition setzt, gesprochen.

Dauderstädt geht davon aus, dass die viel diskutierte Bürgerversicherung mit Hilfe von FDP und CSU ad acta gelegt werden könne. „Die Grünen, die die Bürgerversicherung in ihrem Programm stehen haben, würden sicher in einer solchen Koalition ähnliche Handschellen angelegt bekommen wie die SPD in einer Großen Koalition“, so Dauderstädt. Jamaika biete darüber hinaus die Möglichkeit, das Tarifeinheitsgesetz der früheren SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles wieder zu kassieren. Es benachteilige kleine Gewerkschaften, weil „nur die Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern in einem Betrieb Tarifverträge abschließen kann“, betonte Dauderstädt gegenüber der NOZ (Ausgabe vom 14. Oktober 2017). Die Realität habe zudem gezeigt,

dass das Gesetz gar nicht als Streikbremse wirke.

Sorge bereitet dem dbb Bundesvorsitzenden vor allem der zunehmende Wettbewerb um Fachkräfte. Hier sieht er den öffentlichen Dienst benachteiligt gegenüber der Privatwirtschaft. „Wir können nach wie vor kaum Ärzte, IT-Fachleute oder Ingenieure als Nachwuchs rekrutieren, weil die auf dem Arbeitsmarkt deutlich mehr verdienen“, so Dauderstädt. Die öffentlichen Arbeitgeber müssten deshalb bei der Bezahlung ihrer Beschäftigten nachbessern.

Zum vollständigen [Interview in der Neuen Osnabrücker Zeitung](#).
(01/34/17)

dbb erwartet Bestätigung des Streikverbots für Beamte

„Wir erwarten eine Bestätigung des Streikverbots für Beamte durch das Bundesverfassungsgericht in den kommenden Monaten“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 18. Oktober 2017 bei den Feierlichkeiten zum hundertjährigen Bestehen des Bayerischen Beamtenbundes in München.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) beschäftigt sich derzeit mit der Frage, ob das Streikverbot grundsätzlich beim Beamtenstatus greift oder nur, wenn ein Beamter bestimmte Funktionen ausübt. Hintergrund ist ein möglicher Widerspruch zwischen dem deutschen Grundgesetz (grundsätzliches Streikverbot für Beamte) und der Europäischen Menschenrechtskonvention, die eine Einschränkung des Streikrechts beispielsweise nur bei Sicherheitskräften und anderen Kernbereichen der Verwaltung vorsieht. Zuletzt hatte der Streit über diese Frage etwa zu Gerichtsverfahren über die Rechtmäßigkeit des Streikverbots für verbeamtete Lehrkräfte geführt. „Wir als dbb haben immer gesagt, dass es keine Beamten erster und zweiter Klasse geben kann. Entscheidend ist alleine der Beamtenstatus, und Beamte streiken nicht“, so Dauderstädt. „Das ist Teil des besonderen Dienst- und Treuever-

hältnisses zwischen dem Beamten und seinem Dienstherrn, das auf der anderen Seite auch eine angemessene Besoldung und Versorgung umfasst. Dieses Paket darf nicht aufgeschnürt werden.“

Gleichzeitig mahnte der dbb Chef, dass die Dienstherrn ihrer Fürsorgepflicht für die Beamten wieder mehr Beachtung schenken müssten. „Der Bayerische Beamtenbund hat bei der Landesregierung für die Besoldung und insbesondere für eine Modernisierung des Dienstrechts viel erreicht. Leider sind nicht alle Regierungen in den Bundesländern so einsichtig, wie die zahlreichen Verfahren zur Verfassungswidrigkeit der Besoldung zeigen. Es wird höchste Zeit, dass dem Beamtentum bundesweit wieder mehr Wertschätzung entgegengebracht wird.“
(02/34/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW: Defizite bei der Gewinnung von Fachkräften für öffentlichen Dienst

Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) hat am 16. Oktober 2017 auf die Probleme des öffentlichen Dienstes bei der Gewinnung von Fachkräften hingewiesen. Diese äußerten sich auch in Minderausgaben für das Personal von 505 Millionen Euro im Nachtragshaushalt des Landes für das laufende Jahr. „Es kann nicht sein, dass das vorhandene Personal durch eine massive Mehr- und dauerhafte Überbelastung diese Unterdeckung auffangen muss und letztlich dadurch noch zur Haushaltskonsolidierung beiträgt“, so DBB NRW Chef Roland Staude.

Dass es in erheblichem Umfang nicht gelinge, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und einzustellen, sei auf Dauer weder für die vorhandenen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes noch für die Bürger zumutbar. Sie hätten einen Anspruch auf einen fachlich qualifizierten und funktionierenden öffentlichen Dienst. Es sei höchste Zeit, den Kampf um die besten Köpfe

mit einer Attraktivitätsoffensive zu führen, so Staude. Außerdem brauche es ein valides Personalentwicklungskonzept für die Landesverwaltung, um kommende Herausforderungen wie den demografischen Wandel bewältigen zu können.
(03/34/17)

Sachsen-Anhalt: dbb begrüßt Initiative zur Besoldungsanpassung

Das neue Besoldungsgesetz wird mit Verspätung in den Landtag von Sachsen-Anhalt eingebracht werden. Daher hat Finanzminister André Schröder den Finanzausschuss des Landtages um die Zustimmung zu einer Vorgriffsregelung gebeten, damit die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung für das Jahr 2017 noch im November wirksam werden kann. Der dbb Landesbund in Sachsen-Anhalt (dbb sachsen-anhalt) begrüßte die Initiative.

„Ich freue mich, dass der Finanzminister unsere Forderung nach Vorgriffszahlungen unterstützt. Dass der Gesetzentwurf erst später als geplant in den Landtag eingebracht wurde, darf nicht zu Lasten der Beamten gehen. Deshalb ist eine Vorgriffsregelung notwendig“, sagte der Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck, am 12. Oktober 2017.

Die geplante Vorgriffsregelung umfasst vorzugsweise auch die lineare Erhöhung zum 1. Januar 2018. Zudem sollen auch die gesetzlichen Voraussetzungen für eine jährliche Sonderzahlung geschaffen werden. In der Sitzung

des Landtages am 26. und 27. Oktober 2017 könnten diese dann beschlossen und noch im November 2017 verkündet werden. Hinsichtlich der Auszahlung der Sonderzahlung im Zahlmonat Dezember 2017 ist für die unmittelbare Landesverwaltung bereits alles Erforderliche veranlasst. „Auch das Weihnachtsgeld muss im Dezember ausgezahlt werden. Alles andere wäre ein Affront gegen die Staatsdiener. Die geplante Höhe des Weihnachtsgeldes bleibt aber weit hinter den Erwartungen der Beamtinnen und Beamten zurück“, so Ladebeck.
(04/34/17)

Baden-Württemberg: Gestaffelte Verschiebung der Besoldungsanpassung gekippt

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat die sozial gestaffelte Verschiebung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung in 2017 und 2018 gekippt. Anlass dafür ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die eine gestaffelte Besoldungsanpassung in Sachsen aus dem Jahr 2008 als grundgesetzwidrig eingestuft hat.

Die bisherige Vereinbarung zwischen dbb, Richterbund und Landesregierung sah unter anderem eine Übertragung des Tarifergebnisses mit 1,8 Prozent in 2017 und 2,675 Prozent in 2018 vor, jeweils gestaffelt nach Besoldungsgruppen um zwei, vier beziehungsweise fünf Monate verschoben. Nun sollen die Bezüge der Beamten und Versorgungsempfänger aller Besoldungsgruppen rückwirkend zum 1. März 2017 sowie zum 1. Juli 2018 einheitlich angehoben werden. Dem Land entstehen dadurch Mehrkosten von 40 Millionen Euro.

Der Vorsitzende des BBW - Beamtenbund Tarifunion und Stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, Volker Stich, erklärte, seine Organisation stand und stehe zum Gesamtpaket der Besoldungsrunde 2017/18. Mit der jetzt im Gesetzesverfahren modifizierten, verfassungsfesten Lösung habe niemand weniger, aber alle am Ende von 2018 etwas mehr. Dennoch plädiere der BBW immer noch für ein Vorziehen des einheitlichen Termins für die Erhöhung im Jahr 2018.
(05/34/17)

Neue Landesregierung: dbb sh stellt Weichen für den öffentlichen Dienst

Der dbb Landesbund Schleswig-Holstein (dbb sh) hat die ersten 100 Tage der Amtszeit der neuen Landesregierung genutzt, um dem Kabinett die Erwartungshaltung der Beschäftigten bezüglich der Personalpolitik im öffentlichen Dienst zu kommunizieren. In Gesprächen mit Ministerpräsidenten Daniel Günther und den Ministern für Wirtschaft, Inneres, Justiz sowie Soziales standen Bezahlung und Arbeitszeit im Mittelpunkt, teilte der dbb sh am 10. Oktober 2017 mit.

Die Landesregierung müsse durch konkrete Maßnahmen die Wertschätzung und Attraktivität des gesamten öffentlichen Dienstes steigern. Ein geradezu überfälliges Signal an die Beschäftigten sei etwa, die Einschnitte beim Weihnachtsgeld und die Anhebung der Arbeitszeit wieder zurückzunehmen. Die verbesserte Haushaltslage des Landes biete dafür eine gute Ausgangslage. Bei der Arbeitszeit habe der dbb sh ergänzend eine weitergehende Flexibilisierung angeregt.

Um die Funktions- und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten, müssen

ten zudem die Verwaltungsstrukturen an die Erwartungen der Bürger sowie die Belange der Beschäftigten angepasst werden. Auch hier sei mit Blick auf teilweise überzogene bürokratische Abläufe und Doppelstrukturen noch Spielraum für Optimierungen. „Das Ziel muss eine aufgabengerechte Personalausstattung sein, was allerdings auch die Zurückhaltung der Politik bei der Ausweitung der Aufgaben oder aber das Ende der Zurückhaltung bei den Einstellungszahlen erfordert“, sagte Kai Tellkamp, Vorsitzender des dbb Landesbundes.
(06/34/17)

dbb saar fordert Verbesserungen für technischen Dienst

Im Rahmen des Dialogs „Zukunftssichere Landesverwaltung“ zwischen Landesregierung und gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben Vertreter des dbb saar mit dem Landesumweltminister Reinhold Jost über Verbesserungen in der technischen Verwaltung gesprochen. Im Geschäftsbereich seines Ministeriums sind mit Abstand die meisten Ingenieure im Landesdienst beschäftigt. Gerade bei der Nachwuchsgewinnung für den gehobenen und höheren technischen Dienst gebe es aber große Probleme, teilte der dbb Landesbund am 12. Oktober 2017 mit.

Das Saarland konkurriere hier nicht nur mit anderen Bundesländern und dem Bund um Fachkräfte, sondern insbesondere auch mit der Privatwirtschaft, in der wesentlich höhere Einstiegsgehälter gezahlt würden. Erschwerend komme hinzu, dass die ohnehin vergleichsweise niedrige Besoldung im Saarland

für Einsteiger in den ersten zwei Berufsjahren noch einmal abgesenkt worden sei. In der Folge gebe es kaum noch Interessenten für den technischen Dienst und Ingenieursstellen müssten zunehmend mit Bewerbern ohne entsprechende Ausbildung besetzt werden.

Der dbb saar fordert daher die Absenkung der Eingangsbesoldung zurückzunehmen und eine Anhebung des Eingangsamtes im gehobenen technischen Dienst von A10 auf A11 (analog im Tarifbereich eine Anhebung der Einstiegs-

eingruppierung von E10 nach E11). Ferner sollen die Möglichkeiten der internen Nachbesetzung durch berufserfahrene Beschäftigte verbessert werden.
(07/34/17)

Abbau von Staatsschulden: dbb mv betont Anteil der Beschäftigten

Der dbb mecklenburg-vorpommern hat am 12. Oktober 2017 den Anteil der Beschäftigten an der Reduzierung der Staatsschulden betont. Nach Angaben des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern sanken die Verbindlichkeiten der öffentlichen Hand im Vergleich zum Vorjahr um 9,7 Prozent. Die größte Tilgung gelang demnach dem Land, das 980 Millionen Euro zurückzahlte und damit seine Kreditlast um mehr als 10 Prozent auf 8,5 Milliarden Euro senkte.

„Wir begrüßen dieses Ergebnis. Es verschafft der Landespolitik den erforderlichen Spielraum, über Verhandlungen mit uns für notwendige Motivationssteigerungen bei den Bediensteten des Landes zu sorgen“, sagte der dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht. „Denn ich

möchte in Erinnerung rufen, dass jeder Landesbedienstete – egal ob tarifbeschäftigt oder verbeamtet – seinen Beitrag zur positiven Finanzlage des Landes geleistet hat.“
(08/34/17)

Bericht des Sonderermittlers im „Fall Amri“: DPoIG weist Kritik an Polizei zurück

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, hat am 12. Oktober 2017 den Abschlussbericht des vom Berliner Senat eingesetzten Sonderermittlers zum „Fall Amri“ bezüglich des Attentats auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche kritisiert: „Die Versäumnisse und angeblichen Fehlleistungen, die Sonderermittler Bruno Jost der Polizei und Justiz vorwirft, hätte er an die Politik richten müssen. Aber sie ist ausgesprochen glimpflich davongekommen. Jedenfalls stellt Ermittler Jost nicht die Frage, wie es zu den Strukturen gekommen ist, die zu Ermittlungsfehlern und Informationsdefiziten geführt haben.“

Die Intensität von Überwachungsmaßnahmen richte sich eben auch nach den tatsächlichen Möglichkeiten, die die Polizei habe und die seien in der Hauptstadt aufgrund politischer Entscheidungen nun einmal ausgesprochen eingeschränkt, macht Wendt deutlich. Dazu zähle auch die angebliche Chance, dass Amri wegen Rauschgifthandels hätte in Haft genommen werden können. „Das ist in Berlin schon eine ziemlich abenteuerliche These, hier wird eine offene Drogenszene aus politischer Sicht für Hauptstadt-Folklore gehalten und weitgehend geduldet“, so der DPoIG Chef. „Auch die Vorwürfe an die Sicherheitsbehörden anderer Bundesländer hätte der Sonderermittler besser an die dortigen Regierungen und Parlamente gerichtet. Sie sind für die katastrophale Infrastruktur im Bereich der Informationstechnik zuständig, für die Ausstattung von Polizei und Justiz, für verwirrende Kompe-

tenzen und Zuständigkeiten, für die Etats der Behörden und deren personelle Ausstattung. Und auch der Kontrollverlust zum Jahresende 2015, der bis heute nicht bewältigt ist, geht jedenfalls nicht auf das Konto von Polizei und Justiz.“ Diese hätten immer wieder davor gewarnt, Menschen unkontrolliert ins Land zu lassen. Doch bis heute dauere dieser Kontrollverlust an.

Wendt: „Es ist ungerecht und nutzt niemandem, wenn jetzt auf Polizei und Justiz eingedroschen wird und die Politiker mit Blick auf das von ihnen angerichtete Chaos schauen und so tun, als hätten sie mit alledem nichts zu tun. Der Bericht des Sonderermittlers würde auf größere Akzeptanz stoßen, wenn er diesen Aspekt wenigstens erwähnt hätte.“
(09/34/17)



IQB Bildungstrends: dbb Lehrerverbände fordern Konsequenzen

Lehrerverbände unter dem Dach des dbb haben am 13. Oktober 2017 Konsequenzen aus den Ergebnissen der Studie „IQB Bildungstrends“ gefordert. Demnach haben sich die Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik bei Kindern in der vierten Klasse im Vergleich zu 2011 verschlechtert.

Der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, bezeichnete die Ergebnisse als schmerzhaften Weckruf. „Mit Sicherheit haben die Leistungsabfälle auch mit dem stark gestiegenen Anteil von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte zu tun. Es gibt aber offensichtlich Länder, denen es trotz hohen Migrationsanteils besser gelingt, diese zu guten Leistungen zu bringen, als andere. Wir müssen jetzt genau hinschauen, um zu sehen, was machen die Siegerländer besser als die abgehängten“, sagte Meidinger. Er erneuerte seine Forderung Kinder mit Migrationshintergrund ausgewogen zu verteilen. Außerdem sei zu befürchten, dass die vermehrte Einstellung von nicht ausreichend nachqualifizierten Seiteneinsteigern als Grundschullehrkräfte in vielen Ländern den Abwärtstrend bei den Leistungsstandards noch verstärken werde.

Auch Udo Beckmann, der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), bemängelte den seit Jahren zunehmenden Lehrermangel. Im Grundschulbereich seien inzwischen in einigen Bundesländern über die Hälfte der Neueingestellten keine originär ausgebildeten Lehrkräfte. Deshalb forderte Beckmann: „Wir brauchen konkrete Maßnahmen, wie der Lehrermangel behoben werden kann. Aber das, was die Kultusministerkonferenz hat verlauten lassen, ist an Unverbindlichkeit kaum zu übertreffen. Wenn es uns nicht gelingt, schnellstmöglich wieder auf originär ausgebildete Lehrkräfte in den Schulen zugreifen zu können, wird sich der festgestellte Negativtrend weiter verstärken. Wer Ressourcenverweigerung zum bildungspolitischen Prinzip und finanzpolitischen Kalkül macht, braucht sich wirklich nicht über die Ergebnisse wundern.“

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, bezeichnete die Ergebnisse des Bildungstrends „als Alarmsignal, aber auch als Handlungsaufforderung“. Gerade Bundesländer, die in den vergangenen Jahren bildungspolitische Experimente auf Kosten von Qualität und Leistungsanforderungen gemacht hätten, müssten nun die Weichen dringend wieder realistisch stellen. „Differenzierte, am einzelnen Heranwachsenden orientierte Wege, eine klare schulartspezifische Ausbildung der Lehrkräfte sowie ausreichend und motiviertes Personal an den Schulen sind die wichtigste Voraussetzung dafür, Qualitätsstandards zu erhalten beziehungsweise wieder zu etablieren. Nur so wird es gelingen, die Herausforderungen einer zunehmend heterogen zusammengesetzten Gesellschaft zu bewältigen, nur so kann das bildungspolitische Ruder wieder herumgerissen werden“, sagte Böhm.

Eugen Straubinger, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), wies darauf hin, dass die jetzt geprüften Schüler in wenigen Jahren an die beruflichen Schulen kämen. Für die dortigen Anforderungen seien Kenntnisse in Deutsch und Mathe unabdingbare Grundvoraussetzungen. „Wenn schon Grundschüler in den wichtigen Fächern die Standardaufgaben nicht oder nur unzureichend lösen können, dann muss hier schnell nachgesteuert werden“, so Straubinger. Wenn nötig, müssten zusätzliche Ressourcen für den Deutsch- und Mathematikunterricht an den beruflichen Schulen bereitgestellt werden, um diese Defizite schon vor Beginn der Berufsausbildung ausgleichen zu können. (10/34/17)

Berufsschulen benötigen hohe Investitionen für Digitalisierung

(dbb) Der Bundesverband Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) und der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) haben am 17. Oktober 2017 gemeinsam mit dem Deutschen Industrie und Handelskammertag (DIHK) eine Stärkung der beruflichen Bildung und der Berufsschulen in Deutschland gefordert.

Der Investitionsbedarf für die Digitalisierung von Berufsschulen sei eine der zentralen Her-

ausforderungen. Bislang hätten Bund und Länder 5 Milliarden Euro für die nächsten fünf

Jahre geplant. Mit schätzungsweise 2,5 Milliarden Euro benötigten allein die Berufsschulen etwa die Hälfte der Gelder, um sich für die Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft im digitalen Zeitalter zu rüsten. Beispielsweise sei eine Modernisierung der Ausstattung mit zeitgemäßen Arbeitsmitteln auf technisch aktuellem Stand erforderlich. Berufsschulen müssten daher bei den Planungen von Bund und Ländern einen besonderen Stellenwert erhalten, um eine zukunftsfähige Ausbildung zu ermöglichen.

Darüber hinaus sollen Bund, Länder und Kommunen ländliche Räume durch gute Infra-

struktur und Ausbildung in der Region stärken. Berufsbildende Schulen sollen ferner in die Lage versetzt werden, über regionale Grenzen hinweg Kooperationen einzugehen, um in seltenen Berufen einen Wohnort- und Betriebsnahen Unterricht zu ermöglichen. Ein wichtiger Gradmesser für die Qualität des Unterrichts an Berufsschulen sei nicht zuletzt die Ausbildung durch ausgebildete Fachlehrer. Es gelte daher, die Attraktivität des Berufsbildes zu erhöhen und Anreize für den Beruf des Berufsschullehrers zu schaffen. Das gelinge zum Beispiel durch finanzielle Anreize und ein attraktives Arbeitsumfeld.
(11/34/17)

Namen und Nachrichten

Der **dbb** hat für seine Mitgliedsgewerkschaft **komba** – gemeinsam mit der Gewerkschaft **ver.di** – am 11. Oktober 2017 die Verhandlungen über die Weiterentwicklung des derzeit fortgeltenden Tarifvertrages mit der **Losch Airport Service Stuttgart GmbH** fortgesetzt. Einigkeit bestehe, dass die Lohnsystematik für die Beschäftigten sicherer und attraktiver gestaltet sowie die Lohnspreizung verringert werden soll. Dazu sollen deutlich höhere Stundenlöhne mit bis zu drei Erfahrungsstufen vereinbart werden, wobei die konkrete Höhe der Stundenlöhne noch nicht für alle Gewerke feststünden. Die Tarifverhandlungen werden am 8. Dezember 2017 fortgesetzt.

Der Vorsitzende des **NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion**, **Friedhelm Schäfer**, hat den niedersächsischen Landespolizeipräsidenten **Uwe Binias** am 12. Oktober 2017 scharf attackiert. Dieser hatte wenige Tage vor der Landtagswahl in Niedersachsen seinen Austritt aus der **CDU** erklärt, weil er mit dem Verhalten der Partei im Zusammenhang mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Terrorabwehr unzufrieden war. Daraufhin wurde von der **CDU** der Verdacht geäußert, dem Verhalten von **Binias** liege ein „Deal“ mit Landesinnenminister **Boris Pistorius (SPD)** zugrunde. „Warum beantragt Landespolizeipräsident **Uwe Binias** nicht seine Pensionierung zum 1. Dezember 2017? Dann wäre die Diskussion über einen Deal mit Innenminister **Boris Pistorius** sofort beendet“, sagte **NBB** Chef **Schäfer**. „Er müsste dann zwar dauerhaft als Schwerbehinderter einen Versorgungsabschlag von 8,4 Prozent hinnehmen, was ihm aber bei einer Pension auf der Basis von **B 6** nicht weh tun dürfte. Weil er das aber nicht macht, muss er sich richtigerweise dem Vor-

wurf aussetzen, nicht nur für 3 Jahre, sondern dauerhaft einen Vorteil von bis zu rund 550 Euro monatlich – abhängig vom Zeitpunkt des Ruhestandseintritts – anzustreben. Ob Deal oder nicht, sein jetziges Verhalten schadet dem Ansehen der Polizei und des Berufsbeamtentums insgesamt, wie es schon seine unerlaubte Einmischung in den Landtagswahlkampf getan hat.“

Am 13. Oktober 2017 haben sich Vertreter des **tbb beamtenbund und tarifunion thüringen** um den Vorsitzenden **Helmut Liebermann** mit dem kürzlich zum Staatssekretär für die geplante Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform ernannten **Uwe Höhn** zu einem ersten Gespräch getroffen. „Ob die Thüringer Landesverwaltung zwei- oder dreistufig aufgebaut ist, darf nicht das Kriterium für strukturelle Entscheidungen sein. Es kommt darauf an, leistungsfähige Strukturen zu erhalten oder die Leistungsfähigkeit zu verbessern. In jedem Falle ist der Aufwand einer strukturellen Änderung gegen den Nutzen abzuwägen“, legte der **tbb** Vorsitzende **Helmut Liebermann**.

Ernst G. Walter, Bundesvorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft, hat am 16. Oktober 2017 angesichts der bestehenden Bedrohung durch Terrorismus eine einheitliche Ausstattung für Polizisten in Deutschland gefordert. „Selbstverständlich sollen unsere Kolleginnen und Kollegen nicht wie „RoboCops“ durch die Straßen, Flughäfen oder Bahnhöfe laufen, aber sie müssen in allen Bundesländern und bei der Bundespolizei unmittelbaren Zugriff auf hochklassige Schutzausstattung einschließlich schusssicherer Helme und eine für extreme Lagen wirksame Bewaffnung haben. Wirtschaftliche Erwägungen haben dabei

hintenanzustehen, denn ein Polizistenleben ist überall gleich viel wert.“

„Die Kostenberechnungen für den Ausbau von Ganztagschulen machen deutlich, dass das Ziel „Gleiche Bildungschancen für alle“ nur dann zu erreichen ist, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam die dafür notwendigen Mittel bereitstellen“, sagte **Udo Beckmann**, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), mit Blick auf die Ergebnisse einer von der Bertelsmann Stiftung vorgelegten Studie am 17. Oktober 2017. Demnach müssen bis zum Jahr 2025 3,3 Millionen Ganztagsplätze geschaffen werden, um 80 Prozent der Schüler zu erreichen. Allein hierfür werden nach den Berechnungen 31.400 zusätzliche Lehrkräfte sowie 16.200 weitere pädagogische Fachkräfte benötigt. Die Kosten für die räumliche Infrastruktur werden mit rund 15 Milliarden Euro ausgewiesen.

Eugen Straubinger, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), hat am 17. Oktober 2017 eine zwischen der Kultusministerkonferenz und der Bundesagentur für Arbeit unterzeichnete Rahmenvereinbarung zur verbesserten Berufsorientierung von Jugendlichen begrüßt. Diese sieht vor, die Effektivität der Zusammenarbeit zwischen den allgemeinbildenden Schulen und der Berufsberatung zu verbessern. „Damit wird den Schülern hoffentlich deutlich, dass es neben der beruflichen Orientierung in den akademischen Berufen auch interessante Berufe im beruflichen Bildungssystem gibt“, sagte der BLBS Chef. Nun gelte es, die Vereinbarung schnell umzusetzen und die beruflichen Schulen in diese Neuausrichtung einzubinden.
(12/34/17)

Kommende Termine:

dbb Gewerkschaftstag 2017
19. - 21. November 2017, Berlin